



26. Juni 2020



Liebe Leserinnen und Leser,

was in den letzten Tagen im Kreis Gütersloh passiert ist, lässt uns nur den Kopf schütteln. Der Corona-Ausbruch bei der Firma Tönnies macht die Gegend zurzeit zum größten Hotspot in Europa. Am Sonntag noch hat er wortreich argumentiert, warum es im Kreis Gütersloh keinen Lockdown braucht. Bereits zwei Tage später hat er genauso wortreich den Lockdown verkündet. **Mittlerweile wissen wir, dass sich das Infektionsgeschehen nicht auf den Schlachthof beschränkt. Hier wurden wertvolle Tage zur Eindämmung des Virus verloren!**

Die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung am vergangenen Mittwoch brachte - mal wieder - wenig Substanzielles hervor. Der Titel „Verantwortungsvolle Normalität gestalten“ lässt schnell erkennen, dass es sich hier um die Lieblingsworte des Ministerpräsidenten handelt. **Wir fragen uns hingegen: Was bitte ist an seinem Handeln verantwortungsvoll? Und von was für einer Normalität redet er da eigentlich?**

Von einem Gesundheitssektor, in dem das Streben nach finanziellen Gewinnen dazu führte, dass Mundschutzmasken nicht mehr in Europa, sondern im asiatischen Raum hergestellt wurden, weil die Produktion im Cent-Bereich billiger war? Von einem Pflegebereich, der massiv unterfinanziert ist und personell am Stock geht? Oder gar von der Fleischindustrie, die mit Werkverträgen und Leiharbeit ein System geschaffen hat, das Menschen auf perverse Art ausbeutet?

Wir wollen nicht zurück zu dieser Normalität! **Wir wollen einen sozialen Neustart.** Damit unsere Leistungsträgerinnen und Leistungsträger endlich die Anerkennung bekommen, die NRW zusammenhält. Unsere Eckpfeiler heißen: Wertschätzung – Sicherheit – Fortschritt. Darauf haben wir auch unseren Antrag aufgebaut, den wir ins Plenum eingebracht und zusammen mit der Unterrichtung der Landesregierung debattiert haben. Leider wurde unser Antrag von der Mitte-Rechts-Koalition abgelehnt.

Weitere aktuelle Themen in dieser Plenarrunde waren der Bau der Leverkusener Brücke und der Kaufhaus-Konzern „Karstadt Kaufhof“. In dem einen Fall hat blinde Markthörigkeit und in dem anderen Fall spekulatives Finanzgebaren in jeweils ausweglose Situationen geführt. Darüber haben wir in zwei Aktuellen Stunden am Donnerstag und Freitag debattiert.

Mit solidarischen Grüßen

Heike Gebhard

S. Watermeier

Aus dem Wahlkreis

Landesregierung lässt Kommunen auf riesigem Schuldenberg sitzen



Copyright by Büro Watermeier

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Bodo Löttgen, hat gegenüber der Presse erklärt, dass es mit seiner Fraktion absehbar keine Lösung für die hohen Kassenkredite der Kommunen geben wird.

Hierzu erklären die beiden SPD-Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier:

„Von dieser Regierungsmehrheit ist für die Kommunen in NRW nichts zu erwarten. Die CDU lässt die Kommunen schon mit ihren Steuerausfällen allein und erklärt jetzt, dass sie auch nichts gegen den riesigen Altschuldenberg zu tun gedenkt, den die Kommunen nicht zu verantworten haben. Das ist ein Schlag in das Gesicht der Städte und Gemeinden, die gerade in der Corona-Krise wieder unter Beweis gestellt haben, dass sie das Rückgrat der deutschen Verwaltung sind. Das ist darüber hinaus auch eine Abkehr der Mitte-Rechts-Koalition von ihrem Koalitionsvertrag und den Ankündigungen ihrer Kommunalministerin.

Selber nimmt sich die Landesregierung einen Großteil des Geldes aus dem 25-Milliarden-Euro-Rettungsschirm, um Steuerausfälle des Landes auszugleichen. Den Städten und Gemeinden verwehrt sie etwas vergleichbares. Stattdessen gibt die Regierung den Kommunen nur Haushaltstricks um die Haushalte auf dem Papier auszugleichen und Möglichkeiten für noch mehr Schulden an die Hand. Und dabei sitzen unsere Kommunen schon auf einem riesigen Schuldenberg. So hatte Gelsenkirchen zum Stichtag 31. Dezember 2018 insgesamt 538 Millionen Euro Kassenkredite in ihren Büchern.

Anstatt die Kommunen bei der Bewältigung der Corona-Krise zu unterstützen, wurden sie überhaupt nicht einbezogen, Maßnahmen wurden sehr spät und teilweise widersprüchlich kommuniziert und die Kommunen dann noch für deren Anstrengungen kritisiert, das Chaos der Landesregierung für ihre Bürgerinnen und Bürger gerade zu biegen. Kommunalfreundliches Regieren sieht anders aus. Die Verweigerung eine Lösung der Altschulden anzugehen, ist besonders verwunderlich vor dem Hintergrund, dass die CDU im Bundestag immer wieder auf die Zuständigkeit des Landes NRW verwiesen und eine Beteiligung des Bundes damit verhindert hatte. Der Ball wurde ausdrücklich ins Spielfeld von Armin Laschet gespielt. Da liegt er nun.“

Neues 5G-Mobilfunknetz ab sofort auch in Gelsenkirchen verfügbar.

Ünalgan: „Wichtiger Standortvorteil“ / Watermeier: „Einsatz für das Thema fortsetzen“

Die Deutsche Telekom AG hat ihre 5G-Initiative gestartet. Das Unternehmen versorgt nun deutschlandweit über 1.000 Städte und 16 Millionen Menschen ganz oder teilweise mit dem neuen Mobilfunkstandard. Gelsenkirchen ist auch dabei.

Hierzu erklärt der Sprecher der SPD-Ratsfraktion Gelsenkirchen für digitale Entwicklung und die Vernetzte Stadt, **Taner Ünalgan**: „Ab sofort hält der superschnelle Mobilfunkstandard 5G mit Übertragungsraten von bis zu einem Gigabit pro Sekunde in Gelsenkirchen Einzug. Als Stadt profitieren wir somit von Anfang an von dieser Entwicklung, die die Deutsche Telekom zunächst mit elf Mobilfunkstandorten in den Gelsenkirchener Süden gebracht hat. Das ist ein wichtiger Standortvorteil, der uns auch bei vielen Maßnahmen im Rahmen der Gesamtstrategie Vernetzte Stadt weiterbringen wird. Jetzt wird es darum gehen, das neue 5G-Mobilfunknetz schnell flächendeckend in der gesamten Stadt auszubauen.“

„Es ist gut, dass die Telekom nun im dicht besiedelten Ruhrgebiet den 5G-Ausbau nach einem Einzelstandortausbau durch Vodafone deutlich schneller als geplant vorangetrieben hat. Darauf haben wir als SPD-Landtagsfraktion gedrängt“, beurteilt der **SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier**, der auch im Digitalisierungsausschuss sitzt, den Ausbau. „Wir werden unseren Einsatz für das Thema fortsetzen. Wichtig ist nun, auch das nördliche Ruhrgebiet zeitnah mit dem schnellen Mobilfunkstandard abzudecken. Dort könnten insbesondere Industrie- und Gewerbegebiete vom Zukunftsstandard 5G profitieren und Wachstumschancen eröffnet werden.“



Copyright by Büro Watermeier

Zusätzliche fünf Millionen Euro für die Digitale Bildung in Gelsenkirchen

Durch den zweiten Nachtragshaushalt des Bundes wird den Ländern insgesamt eine Milliarde Euro mehr für den Digitalpakt Schule bereitgestellt. NRW erhält davon insgesamt rund 210 Millionen Euro zusätzlich.

Die Hälfte der Mittel sind für die digitale Sofortausstattung der Schulen vorgesehen. Das ist bereits Mitte Mai so verabredet worden. Das Land wird diese Mittel um 55 Millionen Euro aufstocken. Damit stehen insgesamt 160 Millionen Euro für die digitale Ausstattung zur Verfügung. Den Antrag der SPD-Fraktion im Landtag NRW, die Mittel zu verdoppeln, hatten CDU und FDP in der vergangenen Woche abgelehnt.

In seiner heutigen Unterrichtung hat Ministerpräsident Laschet erklärt, dass das Geld jetzt schnell ausgegeben werden soll. Damit düpiert er seine Schulministerin Yvonne Gebauer, die noch in der vergangenen Woche keine Idee hatte, wie die Mittel verteilt werden sollen.

Die SPD-Fraktion im Landtag NRW fordert, die Sommerferien zu nutzen, um an den Schulen für die nötige Ausstattung zu sorgen. Um kurzfristig handlungsfähig zu sein, sollte die Landesregierung dazu als Blaupause auf die bisherigen Landesrichtlinien zum Digitalpakt zurückgreifen.

Damit würden der Stadt Gelsenkirchen etwa fünf Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen, davon rund 3,2 Millionen Euro für die Beschaffung von digitalen Endgeräten.

Hierzu erklärt der Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier:

„Die SPD hat die Mittel auf Bundesebene in Rekordzeit bereitgestellt. Jetzt ist die Landesregierung mit der Umsetzung am Zug. Die Schülerinnen und Schüler brauchen schnell die Möglichkeit zum Digitalen Lernen und die Kommunen brauchen jetzt Planungssicherheit, um die Mittel noch dieses Jahr zu verausgaben.“

„Wichtig ist: Die bereits vorhandenen Budgets sollten unbürokratisch aufgestockt werden. Für uns gilt: Digitale Endgeräte gehören zu zentralen Lernmitteln des 21. Jahrhunderts. Deshalb müssen wir sicher stellen, dass alle Kinder, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, am Home-Schooling teilnehmen können“, ergänzt die Landtagsabgeordnete Heike Gebhard.

Absage des Jugend-Landtags 2020 - geplante Fortsetzung 2021

Bereits zehn Mal wurden die Abgeordneten des Landtags NRW für drei Tage durch Jugendliche aus Ihren Wahlkreisen / Regionen vertreten. Hunderte junge Menschen aus NRW bekamen so die Gelegenheit, die parlamentarische Arbeit im Landtag kennen zu lernen. Doch in diesem Jahr wird die gängige Praxis unterbrochen.

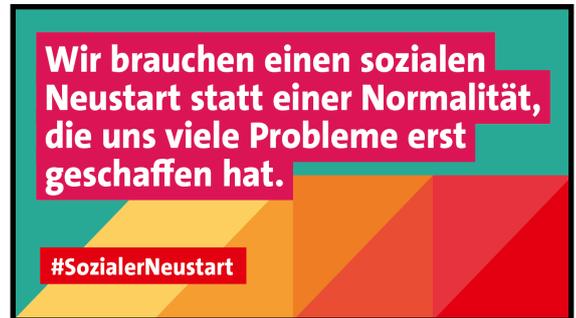
Aufgrund der Corona-Pandemie kann der diesjährige 11. Jugendlandtag nicht stattfinden. Bei aller Enttäuschung zeigen die Abgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier jedoch Verständnis: „Insbesondere vor dem Hintergrund unserer tollen Erfahrungen mit den Teilnehmenden der letzten Jahre bedauern wir sehr, dass 199 Jugendliche in diesem Jahr nicht die seltene Gelegenheit bekommen, in unsere Rollen zu schlüpfen. Doch eine Absage in diesem Jahr war bereits durch die Entwicklung der letzten Wochen absehbar. Jugendliche aus allen Gegenden des Bundeslands in einer Pandemielage für drei Tage zusammen zu bringen, wäre — bei aller Enttäuschung, die wir empfinden — schlicht nicht möglich gewesen. Auch wir, als gewählte Abgeordnete, kehren nur schrittweise zum Regelbetrieb unter voller Besetzung zurück. Unsere Hoffnungen sind groß, dass der 11. Jugendlandtag im Jahr 2021 tatsächlich unter gewohnten Bedingungen durchgeführt werden kann. In jedem Fall steht die Gesundheit der Teilnehmenden an erster Stelle.“



Aus dem Landtag

Wir brauchen einen sozialen Neustart für die Vielen

Die Krise ist längst nicht vorbei, trotzdem können wir bereits jetzt viel aus ihr lernen. Wir müssen die Verhältnisse derjenigen verbessern, die das Land in der Corona-Zeit „am Laufen gehalten haben“. Ohne den unermüdlichen Einsatz der vielen systemrelevanten Arbeitnehmenden in Krankenhäusern, der Pflege, im Einzelhandel, der Lebensmittelbranche, in Gesundheitsämtern, im öffentlichen Verkehr, (...) wären wir jetzt nicht da, wo wir sind. Applaus alleine hilft aber nicht! Sie verdienen bessere Arbeitsbedingungen, starken Arbeitsschutz und die Abschaffung von Werkverträgen sowie sachgrundloser Befristung. Vor allem aber verdienen sie bessere Bezahlung für ihre harte Arbeit. Wir wollen die Fehler im System beseitigen, um eine Verbesserung für die Vielen zu erreichen. Sie sind es uns wert.



[Drucksache 17/9808](#)

[Video „Sozialer Neustart“](#)

Selbst ist die Landesregierung – 600 Euro Familienbonus umsetzen

Vor gut einem Monat forderten Ministerpräsident Laschet und Wirtschaftsminister Pinkwart noch für jede Familie in NRW einen Bonus von 600 Euro pro Kind. So wollten sie die Familien unterstützen und die Wirtschaft in NRW ankurbeln. Zwei Wochen später gibt sich das schwarz-gelbe Duo mit dem 300-Euro-Familienbonus des Bundes zufrieden. Aufstocken will sie den Bonus mit Landesgeld nicht. Wir meinen: Selbst ist die Landesregierung!

Wer als Ministerpräsident 600 Euro fordert, der kann auch dafür sorgen, dass die Familien in NRW eben jenen Geldbetrag erhalten.

[Drucksache 17/9812](#)

Kommunen bei der Integration von geflüchteten Menschen nicht alleine lassen

Die Integration geflüchteter Menschen ist in erster Linie die Aufgabe der Kommunen. Gute Integration ist aber natürlich auch sehr teuer. Um die anfallenden Kosten bemessen zu können, hatte schon Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin ein entsprechendes Gutachten in Auftrag gegeben. Auch die Laschet-Regierung kennt dieses Gutachten. Vollmundig kündigte der Ministerpräsident entsprechende Finanzhilfen für Kommunen an, die er rückwirkend zum 01.01.2018 auszahlen wollte. Was bislang passierte? Nichts!

Die Kommunen bleiben so auf über 70% der Kosten für Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen sitzen. Nicht mal speziell für Integration vorgesehene Bundesmittel werden vollständig an sie weitergegeben. Für uns ist klar: Integration gelingt nur mit finanzieller Sicherheit. Die Landesregierung muss ihre Versprechen halten und diese garantieren.



[Drucksache 17/9810](#)

NRW zeigt Flagge für Vielfalt und Zusammenhalt

Am Christopher-Street-Day (CSD) protestieren jedes Jahr Tausende friedlich für die Rechte der LSBTIQ*-Community. In Corona-Zeiten kann der CSD jedoch nicht wie üblich stattfinden. Ein harter Schlag für die queere Community. NRW wird durch ihre Vielfalt reicher. Um das sichtbar zu machen, starten wir gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Initiative „Flagge für Vielfalt“. Am 8. August, dem Düsseldorfer CSD, wollen wir vor den Ministerien in NRW die Regenbogenflagge hissen und so unsere Solidarität mit der LSBTIQ*-Community zeigen. Symbolik allein reicht aber nicht. Das Land muss gemeinsam mit der Community auch konkrete Maßnahmen ausarbeiten, um freies queeres Leben in NRW zu ermöglichen.



Copyright by www.pixabay.com

[Drucksache 17/9800](#)

Digitalisierung als Sprungbrett für die Gleichstellung nutzen

Seit 71 Jahren sind Männer und Frauen offiziell gleichgestellt. Im Berufsleben zeigt sich jedoch immer noch ein erschreckend anderes Bild. Noch immer verdienen Frauen in NRW rund 21% weniger als Männer. Dabei bietet gerade das digitale Zeitalter Chancen für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Die Corona-Zeit hat gezeigt, dass beispielsweise flexibles Arbeiten im Home Office möglich ist.

Wir fordern das Recht auf mobiles Arbeiten. Müttern und Vätern muss es möglich sein, Karriere und Kinder unter einen Hut zu bringen. Auch in der noch jungen Start-Up-Szene gibt es viel zu wenige Gründerinnen. Das kann gezielte Frauenförderung ändern. Fair geht mehr, wir müssen die Chancen der Digitalisierung nur nutzen.

[Drucksache 17/9811](#)

Loveparade-Katastrophe – 10 Jahre danach

Auch zehn Jahre nach der Loveparade-Katastrophe leiden Opfer und Angehörige noch unter den Folgen des Unglücks. Das Land NRW wird sie selbstverständlich auch weiterhin bei der Bewältigung der Tragödie unterstützen und zukünftig den Opferschutz noch weiter ausbauen. Der 24. Juli 2010 bleibt unvergessen, und eins ist klar: Diese Katastrophe darf sich niemals wiederholen! Wir müssen Lehren aus den Ereignissen in Duisburg ziehen.

Deshalb beruft das Land NRW eine Expertenkommission ein, die die Ereignisse aufarbeiten und darauf basierend einen neuen Orientierungsrahmen für die Ausrichtung von Großveranstaltungen erstellen wird. Weiterhin soll die Kommission große gerichtliche Prozesse analysieren und Vorschläge für eine bessere Aufarbeitung der jeweiligen Ereignisse entwickeln. Wir sind es Opfern und Angehörigen schuldig, nicht zu vergessen und alles dafür zu tun, dass so eine Katastrophe nie wieder passiert.



Copyright by SPD-Landtagsfraktion

[Drucksache 17/9799](#)

[Plenarrede von Hannelore Kraft](#)

Wir brauchen einen Pakt zum Schutz der Kinder!

Die Missbrauchsfälle von Lügde, Bergisch Gladbach und Münster zeigen auf schrecklichste Art, dass die Landesregierung sofort handeln muss, um den Kinderschutz in unserem Land deutlich zu erhöhen. Wir fordern seit Jahren: Kinderrechte ins Grundgesetz! So wie Kinderschutz auch in Artikel 6 unserer Landesverfassung schon festgeschrieben ist. Kinderschutz kann nicht warten. Das Parlament muss Strafen jetzt verschärfen, um TäterInnen abzuschrecken. Vor allem digitale Strukturen wie das Darknet bieten TäterInnen unendliche Möglichkeiten. Ihnen müssen wir ExpertInnen gegenüber stellen, die selbst die dunkelsten Ecken des Internets ausleuchten.

Dafür muss die Landesregierung deutlich mehr Geld investieren. Zudem steht sie in der Verantwortung, pädagogisches Personal in Schulen und Kindergärten in die Lage zu versetzen, körperlichen und seelischen Missbrauch zu erkennen und anzuzeigen. Mit einem Pakt zum Schutz der Kinder kommt das Parlament seiner Verantwortung nach, die Kleinsten unserer Gesellschaft zu schützen.



Copyright by www.pixabay.com

Drucksache 17/9815

Über Grenzen hinweg zusammenarbeiten – gemeinsam mit den Niederlanden bessere Arbeitsbedingungen in der Leiharbeit schaffen

In der Grenzregion zwischen den Niederlanden und Deutschland ist es gängige Praxis, Leiharbeitende, die in den Niederlanden arbeiten, in Deutschland in sogenannten „Leiharbeiterwohnungen“ unterzubringen. Die Wohnverhältnisse sind beschämend und menschenverachtend, und in Corona-Zeiten bedeuten sie eine Gefahr für Gesundheit und Leben. Die Rückverfolgung von Infektionsketten wird so, u.a. durch schleierhaften Beschäftigungs- und Wohnverhältnisse und den mangelhaften Datenaustausch, über die Grenze hinweg fast unmöglich. Die Landesregierung muss den Datenaustausch mit den Niederlanden deutlich verbessern. Die Nachbarländer müssen zusammenarbeiten, um den Wahnsinn der Leiharbeit und die daraus entstehende Gefahr zu beenden.

Drucksache 17/9814

Wo bleibt der Runde Tisch „Zukunft der Landwirtschaft“?

Landwirtinnen und Landwirte sind verunsichert: Neue Umwelt- und Tierschutzauflagen, schlechte Marktbedingungen und sinkende Einkommen bestimmen ihren Alltag. Nicht wenige sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Seit Monaten demonstrieren die Landwirte und beklagen die vielfältige Kritik aus der Gesellschaft. Es besteht die Gefahr, dass sich die Positionen verhärten und ein positiver, produktiver Dialog nicht mehr zu Stande kommen kann. Wir fordern deshalb einen „Runden Tisch der Landwirtschaft“, an dem alle Beteiligten gehört werden. VertreterInnen der Landwirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft sollen dort gemeinsame Wege für die Zukunft erarbeiten und den Wandel positiv gestalten.

Drucksache 17/9813

Heike
Gebhard



V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf



Sebastian
Watermeier